



„Migranten – die Zukunft gemeinsam bauen“

Jahreskongress der Französischen Sozialwochen in Paris

Über 4000 engagierte Christinnen und Christen aus allen Teilen Frankreichs waren vom 26. bis 28. November 2010 in Paris zu den 85. Französischen Sozialwochen zusammengekommen, um mit Wissenschaftlern, Politikern, Vertretern der Wirtschaft und Repräsentanten der Kirchen ein Thema zu diskutieren, das nicht nur in der französischen Gesellschaft, sondern auch im Binnenraum des französischen Katholizismus für Spannungen sorgt. Er habe noch nie so viele kritische Echos erhalten wie bei der Vorbereitung dieser Versammlung, bekannte der Präsident der Sozialwochen Jérôme Vignon bei der Eröffnung der Beratungen. Von dieser kritischen Stimmung war im Auditorium in der Tagungshalle des Parc Floral nichts zu spüren. Hier hatten sich Aktive und Multiplikatoren versammelt, die in ihrem täglichen Einsatz vor Ort gegen das Gemisch von Vorurteilen, Überfremdungsängsten und Diskriminierungen ankämpfen, das auch in Frankreich die Integrationsdebatte bestimmt.

Das in der breiten Öffentlichkeit vorherrschende „Unbehagen“ an dem Thema Migration zu klären – oft genug wird es politisch instrumentalisiert –, war eines der Hauptziele des Kongresses. Ganz in der für die Sozialwochen typischen Tradition einer „ambulanten Volksuniversität“ versuchte eine Reihe von Referaten, durch objektive Fakten die Disproportion zwischen der „gefühlten“ Realität und den tatsächlichen Verhältnissen aufzuarbeiten. Entdramatisierung durch Zahlen lautete das Stichwort. Dazu hatten zunächst die Statistiker das Wort wie der Direktor des nationalen Instituts für demographische Studien (*Ined*),

François Héran. Trotz zunehmender Globalisierung ist die Zahl der Migranten (Menschen, die eine Grenze zwischen zwei Staaten überschreiten) vergleichsweise gering. Ihr Anteil an der Weltbevölkerung beträgt nicht mehr als 3–4% – in absoluten Zahlen ca. 215 Millionen. Es mag die französische Zuhörerschaft besonders überrascht haben, dass Frankreich, ein Land mit langer Einwanderungstradition, zwar 2% der weltweiten Migranten aufgenommen hat (bei einem Anteil an der Weltbevölkerung von 1%), aber in den beiden vergangenen Jahrzehnten weit weniger als Deutschland. Während in Frankreich der Anteil der eingewanderten Bevölkerung bei 10,7% liegt, beläuft er sich in Deutschland auf 13,7%. Die Botschaft war eindeutig:



Die Dramatik der weltweiten Migration liegt nicht in den Zahlen, sondern in den menschlichen Schicksalen

Frankreich – wie übrigens Europa insgesamt – ist von der Gefahr eines Ansturms aus dem Süden weit entfernt. Die Dramatik der weltweiten Migration liegt nicht so sehr in den Zahlen als in den menschlichen Schicksalen. Zeugnisse von Einwanderern zeigten, wie schwer es ist, selbst wenn man in Frankreich geboren ist, als Einheimischer und gleichberechtigter Mitbürger anerkannt zu werden.

Zum Thema Islam hatten die Sozialwochen mit Dounia Bouzar eine prominente Vertreterin eines französischen Islam eingeladen. Dounia Bouzar war Beraterin von Präsident Sarkozy in Fragen des Islam und an der Grün-

derung des Rates der Muslime Frankreichs maßgeblich beteiligt. Sie sprach für die nicht unerhebliche Gruppe der Muslime, die sich in der modernen laizistischen Gesellschaft Frankreichs zu Hause fühlen. Die Interpretation der Tradition vor dem Hintergrund neuer kultureller Erfahrungen sei dem Islam nicht fremd. Dounia Bouzar wehrte sich gegen die Bezeichnung „moderate Muslime“. Sie empfinde sich nicht als Muslima minderer Observanz, wenn sie für sich das Freiheitsdenken der Moderne in Anspruch nehme; denn der Islam dürfe nicht mit einer bestimmten Kultur gleichgesetzt werden. Die Referentin räumte jedoch ein, dass eine wachsende Schicht junger Muslime sich in der französischen Gesellschaft „nicht so wohl fühlt“. Die Gründe lägen jedoch in der zunehmenden sozialen Ausgrenzung, die Identitätsprobleme nach sich ziehe und für die Botschaft fanatischer Islamisten empfänglich mache. Nach Dounia Bouzar sind es in erster Linie „soziale Dysfunktionalitäten“, die den Rückzug in eine islamistische Gegenwelt begünstigen, nicht eine vermeintlich grundsätzliche kulturelle Differenz.

Damit war die Frage des Integrationsmodells aufgeworfen. Es war in diesen drei Tagen viel vom „republikanischen Modell“ die Rede, das mit seinen



Das republikanische Integrationsmodell ist unbestrittener Bezugspunkt

universalen Werten – Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit – der unbestrittene Bezugspunkt ist, mag auch die politische Rechte es in Gefahr sehen wie der Präsidentenberater Henri Guano, der mit seinen unsensiblen Äußerungen am Ende der Tagung fast einen Eklat produziert hätte. Auch in Frank-